Schlitt-
Schuhe
empfiehlt
Carl Müller,
Kamen.

ottannen- und
ichenverkauf
Overberge.
Freitag, den 14.
Mts. morgens
Uhr, werden Un-
eichnete für Herrn
ksbesitzer E. Schulze
erfthausen im
erberge, in seiner
de (Erlendeipen) bei
Suntrop'schen Be-
ng 50 Nummern
ttannen- und 15
mmern Eichen zu
t-, Geschirrholz, Lei-
äumen u. s. w. geeig-
auf dem Stamm.
10 Haufen Rot-
uen und Eichen-
gen zu Draht-
umpfählen u. Brenn-
dienlich, öffentlich
fbietend geg. Kredit
w. Bürgschaft oder
zahlung verkaufen.
Kamen. 544
einhard Gerdts,
Aukt.

Städtischer
rbeiter
cht.
Meldung auf dem
Stadtbauamt,
Rathaus. 518

lt. bess. Mädchen
guten Zeugnissen für
en Haushalt nach
m gesucht. 529
äheres bei Frau Will-
ny, Unna-Königsborn-
erstraße 34.

Ein sauberes 548
orgenmädchen
sofort gesucht.
Frau Weber,
nhofstr. 32, 1. Etg.

Eine 2—3
mer-Wohnung
hige Leute zum 1. März
rmieten. 549
erfr. in der Geschäft.

in schwarzseidener
rikothandschuh
ntag abend von Westen-
r bis Markt 549
verloren!
gen gute Belohnung
geben in der Geschäft.

mmlung
bereins Westick
Februar 1919,
ereinslokal Schulze
it Begrüßung der
n Kameraden.
tung:
mmlung und Be-
rten Krieger durch
lls der letzten Ver-
lieder.
tzungsgemäß aus-
itglieder.
en und Funktionäre
ß sind die Mit-
e aus dem Heeres-
en der Gemeinde
ngeladen. 546
stand:
rs, 1. Vorsitzender.

Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 20 Pfg., der lokalen Anzeigen 15 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" (Während der Kriegszeit nicht.) Monatlicher Bezugspreis 1.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen, Weststr. 10. Fernspr. Nr. 1.

Nr. 36 | Mittwoch, den 12. Februar 1919 | 47. Jahrgang

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Nationalversammlung vom 11. Februar.

Präsident Dr. David eröffnet die Sitzung. Zunächst wird eine große Anzahl weiterer Adressen und Kundgebungen verlesen, darunter mehrere aus Deutsch-Oesterreich, die den Anschluß an Deutschland verlangen. Darauf nimmt das Haus die Wahl des Reichspräsidenten vor, die durch Stimmzettel vollzogen wird. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben E. Der Zufall will es, daß das Mitglied Volksbeauftragter Ebert als erster aufgerufen wird, der seinen Zettel dem Schriftführer übergibt, der ihn in die Urne legt. Von 379 abgegebenen Stimmen entfielen 277 auf

Fritz Ebert, der damit zum Reichspräsidenten gewählt

war. Graf Posadowsky erhielt 43, Scheidemann und Erzberger erhielten je 1 Stimme. Außerdem lagen 51 Stimmenthaltungen vor. — Ebert erklärte, er nehme die Wahl an.

Präsident Dr. David:

Somit hat das Reich zum ersten Male ein Oberhaupt, das nach der Art seiner Berufung berechtigt ist, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. (Beifall.) Verschwunden ist der Vormund aus ererbtem Recht. An seiner Stelle steht der selbstgewählte Führer. Daß der neue Reichspräsident das Steuer des Staatsschiffes zu führen versteht, hat er in den Monaten des stärksten innen- und außenpolitischen Sturmes bewiesen. Daß die deutsche Revolution nicht dem Beispiele der russischen gefolgt ist, daß sie nicht wie dort in einem blutigen Chaos zur völligen Auflösung von Recht und Ordnung geführt hat, daß sie nicht zur Zerrüttung alles politischen und wirtschaftlichen Lebens geführt hat, das ist zum größten Teil das Verdienst des Mannes, den wir heute an die Spitze des Reiches berufen, sodaß das deutsche Volk das Vertrauen haben kann, daß es der bewährten politischen Klugheit, Tatkraft und Willensfestigkeit gelingt, auch weiterhin die junge Freiheit zu schützen vor allen Gefahren, die kommen von rechts oder links. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit, Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) So möge denn die Botschaft hinausdringen in die deutschen Lande: Ein selbstgewählter Führer ist an die Spitze des Reiches getreten, ein Mann, durchglüht von der Liebe zum deutschen Volke, ein Mann voll tiefen Verständnisses für seine Nöte und Sorgen, für seine Wünsche und Hoffnungen, ein Mann, erfüllt von starkem Willen, seiner Mission gerecht zu werden, die Freiheit zu schützen und den Frieden zu schaffen im Innern wie nach außen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Saal und auf den Tribünen.)

Reichspräsident Ebert:

Mit allen meinen Kräften und mit völliger Hingabe werde ich mich bemühen, mein Amt gerecht und unparteiisch zu führen, niemandem zu Liebe und niemandem zu Leide. Ich gelobe, daß ich die Verfassung der deutschen Republik getreulich behüten und schützen werde. Ich will und werde als Beauftragter des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzelnen Partei. (Lebhafter Beifall.) Ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus und daß ich weder meine Herkunft noch meine Ueberzeugung jemals zu verleugnen gesonnen bin. Durch meine Wahl haben Sie die gewaltige Bedeutung der Arbeiterklasse für die Aufgaben des zukünftigen Deutschland anerkannt. Jetzt hat das deutsche Volk das Vorrecht der Geburt aus dem Gebiete der Politik restlos beseitigt. Auch auf sozialem Gebiete vollzieht sich diese Wandlung. Auch hier werden wir bestrebt sein müssen, allen im Rahmen des Menschenmöglichen den gleichen Ausgangspunkt zu geben und das gleiche Gepäck aufzulegen. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. Sie zu schützen und wiederherzustellen, wo sie angetastet ist, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch kommt, werden wir bekämpfen bis zum äußersten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Nur auf das freie Selbstbestimmungsrecht wollen wir unseren Staat gründen, nach innen und außen. Wir können aber um des Rechtes willen nicht dulden, daß man unsere Brüder der Freiheit beraubt. Die Freiheit aller Deutschen zu schützen, mit dem äußersten Aufgebot von Kraft und Hingabe, deren ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege. Ein so hartes Geschick unser Volk auch betroffen hat, an seinen lebendigen Kräften verzweifeln wir nicht. Alle diese Forderungen stehen an mich schwerste Aufgaben und Pflichten. Mein Bestes will ich dafür einsetzen, ihnen zu genügen. Gemeinsam aber wollen wir unermüdlich arbeiten für das Glück und Wohlergehen des freien deutschen Volkes, und so lassen Sie uns rufen: Das deutsche Vaterland und das deutsche Volk, es lebe hoch!

Das Haus mit Ausnahme der Unabhängigen hatte sich erhoben und stimmte dreimal in den Hochruf ein. (Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Nächste Sitzung Donnerstag. Tages-Ordnung: Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung

Zeitungsstimmen zur Präsidentenwahl.

Die höchste Würde, die das deutsche Volk zu vergeben hat, ist, wie die Morgenpost schreibt, mit der Wahl Eberts zum Präsidenten des Reiches auf einen Mann übergegangen, der sich aus den einfachsten Verhältnissen zu dieser Höhe emporgearbeitet hat. — Der Lokalanzeiger sagt: Mit der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten erleben die Sozialdemokraten den höchsten Triumph, der ihnen bisher in Deutschland beschieden war. Wir wollen nicht verkennen, daß die Sozialdemokratie kaum in der Lage war, aus ihren Reihen einen geeigneteren Bewerber für diese Würde zu stellen. Wir glauben auch, daß Herr Ebert das Amt wirklich ausfüllen wird, aber die Lage unseres Volkes hat sich viel zu schwierig gestaltet, als daß ein Einzelner, und sei er noch so tatkräftig, sie zu meistern vermöchte. — In der Vossischen Zeitung heißt es: Zum ersten Mal ging gestern eine wirkliche Feierlichkeit von der Nationalversammlung aus. Die Verkündung der Wahl Eberts erhielt eine besondere Weihe durch die Begrüßungsansprache Davids. In den wenigen Tagen seiner Präsidentschaft hat David bewiesen, daß er den Takt, den Ton und die Farbe des geborenen Präsidenten besitzt. Er bereitete der Antwort des neuen Präsidenten den Boden für dessen gleichzeitig bescheidene, doch bestimmte Ansprache, die in ihrer Schlichtheit einen tiefen Eindruck hinterließ. — Auch die Provinzpresse heißt die Wahl Eberts erwünscht. Die Leipziger Neuesten Nachrichten meinen, die deutsche Gesinnung Eberts scheine von der Art zu sein, daß ihr auch die Anhänger einer grundverschiedenen Parteistellung Vertrauen entgegenbringen können. — Der Vorwärts erinnert daran, daß sich nach Bebels Tode, als die Stelle des Parteivorsitzenden vakant wurde, die Blicke der Parteigenossen auf Ebert lenkten. Durch die Zusammenhaltung der Partei habe Ebert mit eiserner Energie und mit Aufopferung gewirkt. Es sei ein großer Schmerz für ihn gewesen, daß die Absplitterung der Unabhängigen nicht verhindert werden konnte. Wenn trotz der Spaltung der Partei diese heute größer und stärker sei, als vor dem Kriege, so sei das nicht zum geringsten Teil ein Werk Eberts.

Das voraussichtliche Reichskabinett.

(TU) Gleich nach der Wahl des Reichspräsidenten wurden die Verhandlungen über die Regierungsbildung erneut aufgenommen. Reichspräsident Ebert hat nunmehr Scheidemann offiziell mit der Kabinettsbildung betraut. Scheidemann hat bereits in längeren Konferenzen mit den Ministerkandidaten der einzelnen Parteien Beratungen gepflogen. Man darf sagen, daß das Reichskabinett bereits in seinen Grundzügen feststeht; lediglich einige Posten sind hinsichtlich der Person noch strittig. Die Regierung wird sich, soweit sich bisher übersehen läßt, wie folgt zusammensetzen: Sozialistische Minister: Reichspräsident — Scheidemann, Reichsverteidigung — Noske, Reichsjustizamt — Landsberg, Reichsarbeitsamt — Bauer, Reichswirtschaftsamt — Hue. Dr. David und Wissell sollen als Minister ohne Portefeuille eintreten. Die Demokraten sollen das Reichsamt des Innern behalten. Das bisherige Reichsschatzamt wird in zwei Teile geteilt; das bisherige Reichsfinanzamt wird der bisherige Staatssekretär Schiffer erhalten, während das Reichsschatzamt an Gothein fallen soll. Die Deutsche demokratische Partei wird ferner erhalten einen Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, für den Dr. Naumann in Aussicht genommen ist, ferner einen Unterstaatssekretär im Reichskolonialamt; für diesen Posten kommt Freiherr v. Richthofen in Betracht. Das Zentrum stellt folgende Minister: Erzberger — Minister ohne Portefeuille, Reichspostamt — Giesberts, und Reichsernährungsamt — Herold. Die Regierung wird vervollständigt durch den „neutralen" Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Grafen Brockdorff-Rantzau.

Vorgehen des Generalkommandos gegen den Generalsoldatenrat des 7. Armeekorps.

Wolffs Büro meldet: Montag abend sind in Münster Regierungstruppen eingerückt und haben das Schloß besetzt. Wie wir bisher erfahren konnten, haben sich die Verhandlungen mit dem Generalsoldatenrat zerschlagen. Ein Teil der Mitglieder des Generalsoldatenrats ist auf Anordnung des Kommandierenden Generals verhaftet worden. Gestern vormittag hatte Münster ein ziemlich kriegerisches Aussehen. Gruppen von Regierungssoldaten mit Stahlhelmen, Gewehren und Handgranaten ziehen durch die Stadt. Mit diesen zusammen versehen bewaffnete Freiwillige und Zivilisten den Sicherheitsdienst. Eine Kavallerieabteilung, Kürassiere und Ulanen, ist zur Unterstützung herangezogen. Zur Stunde besteht kein Grund zu Befürchtungen. Sämtliche öffentlichen Gebäude der Stadt sowie der Bahnhof sind stark besetzt. Der Telegraphen- und Telephonverkehr ruhte einige Zeit vollständig. Der Zustrom zu den Anwerbestellen für die Sicherheitswehr, vor allem unter den Studenten, ist sehr groß. Man hofft, der Bewegung bald Herr zu werden.

Eine Bekanntmachung des Kommandierenden Generals.

(W) Der Kommandierende General veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Ich bringe hierdurch zur Kenntnis, daß ich den Generalsoldatenrat des 7. Armeekorps heute aufgelöst und zum Teil festgenommen habe, da er fortgesetzt der Durchführung der von der Regierung gegebenen Weisungen widerstrebte, eigenmächtig unrechtmäßige Anordnungen traf und somit zu offenem Widerstand aufforderte. Untersuchung und Neuwahl eines Generalsoldatenrats ist eingeleitet. Gerade jetzt müssen wir alle gemeinsam hinter der republikanischen Regierung stehen und alles daransetzen, um ihren Anordnungen Geltung zu verschaffen. Ich fordere die gesamte Bevölkerung auf, mich hierin zu unterstützen. Nur so können Ruhe und Ordnung wiederhergestellt werden, die wir brauchen, um die Folgen des Krieges zu überwinden. Obige Anordnungen mußten unbedingt getroffen werden, um auf alle Fälle zu verhindern, daß durch den Zustrom von unkontrollierbaren Elementen die öffentliche Ordnung und Sicherheit von Leben und Eigentum der Bewohner gefährdet werden. Zur Beunruhigung liegt kein Grund vor.

Der Kommandierende General: Freiherr v. Watter, Generalleutnant.

Wie die T.-U. meldet, wurde ein Teil des verhafteten Generalsoldatenrates wieder entlassen. Der Arbeiterrat sandte ein Telegramm an die Regierung nach Weimar, worin er die Maßnahmen des Generals als verfehlt bezeichnet und dessen Abberufung fordert. — Wie Wolff von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind nach vorausgegangenen Verhandlungen zwischen dem Generalkommando des 7. A.-K. und einem kleinen Teile der noch auf freiem Fuß befindlichen Mitglieder des nunmehr aufgelösten Generalsoldatenrates des 7. A.-K. diejenigen, die nur Angestellte des Soldatenrates waren, Dienstag nachmittag freigelassen worden, während die übrigen noch festgehaltenen Militärpersonen zu ihren Truppenteilen, die nicht mehr im Militärverhältnis stehenden nach ihrem Entlassungsort abtransportiert wurden.

Ueber die Maßnahmen des Generalsoldatenrates, welche zu seiner Aufhebung führten,

teilt der „Münst. Anzeiger" mit: Der Generalsoldatenrat des 7. A.-K. der in Münster seinen Sitz hat, war bereits seit einigen Wochen dazu übergegangen, aus verschiedenen Orten des Industriebezirks sich eine Sicherheitswehr zu beschaffen, deren Notwendigkeit aber der hiesige Bezirks-Soldatenrat verneinte. Er verlangte vom Generalsoldatenrat die Zurückziehung dieser Leute, drang aber damit nicht durch, sondern erreichte nur, daß diese 83 Leute dem Generalsoldatenrat nicht einseitig unterstellt, sondern dem Bezirkssoldatenrat mit unterstellt wurden. Die radikale Entwickelung und Zusammensetzung des Generalsoldatenrats machte unterdessen weitere Fortschritte, so daß sich der zu den Mehrheitssozialisten gehörende Sergeant Buse — ein Gewerkschaftsbeamter aus Bielefeld — vor einigen Tagen genötigt gesehen hat, von seinem Posten zurückzutreten. Die Stimmung des Generalsoldatenrats fand nun ihren besten Ausdruck in einer Versammlung, die am Freitag abend im Restaurant Schaefermeyer (Clemensstraße) stattfand. In dieser Versammlung wurde nach langer Debatte

eine Entschließung

mit 35 gegen 8 Stimmen angenommen, die u. a. besagt: „Der erweiterte Generalsoldatenrat erkennt die Verfügung des Armee-Verordnungsblattes Nr. 8 inbezug auf Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte nicht an und gibt folgende Richtlinien heraus, deren strikte Durchführung den Bezirkssoldatenräten zur Pflicht gemacht wird. — Die Kommandogewalt im 7. Armeekorps liegt in den Händen des Generalsoldatenrats. Die Verordnung der Regierung im A. V. Bl. betr. die Kommandogewalt findet vorläufig keine Anwendung. — Alle vom Generalsoldatenrat gefaßten Beschlüsse, gegengezeichnet vom Generalkommando, sind durch die Bezirkssoldatenräte des 7. A.-K. durchzuführen. Die Obleute der Truppeninformationen sind dem Generalsoldatenrat, den Bezirkssoldatenräten und den Garnisonsoldatenräten gegenüber für die Durchführung der Beschlüsse verantwortlich. — Waffen dürfen nur im Wacht-, Sicherheits- und Begleitdienst getragen werden. — Rangabzeichen sind sofort zu entfernen und bis auf weiteres durch republikanische Abzeichen zu ersetzen. — Im Bereiche des 7. A.-K. darf kein Freiwilligen-Bataillon gebildet werden. Die Bezirkssoldatenräte sind gehalten, alle Werbebureaus und jede Werbetätigkeit unter allen Umständen mittels Anwendung von Zwangsmitteln zu unterbinden. Die Abreise von Freiwilligen ist zu verhindern. — Jeder Bezirkssoldatenrat sendet 50 Sicherheitsmannschaften nach Münster. Alle im Bereich der Bezirkssoldatenräte befindlichen Truppen sind dem Generalsoldatenrat anzumelden. — Der Generalsoldatenrat ist verpflichtet, die politischen Akten des Generalkommandos zu beschlagnahmen und gut aufzubewahren. — Endlich wurde auch beschlossen, an Stelle „Generalsoldatenrat" in Zukunft „Zentralsoldatenrat" zu sagen.

Die neuen Verhandlungen mit dem Verband.

Die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes haben erneut in Trier begonnen. Nachdem sich der Oberste Kriegsrat in Spaa über die Festlegung der Waffenstillstandsbedingungen schlüssig geworden ist, dürfen wir sagen, daß wir diesmal vor ganz besonders ernsten Entscheidungen stehen. In den Ländern des Verbandes ist in gänzlicher Verkennung der Tatsachen die Meinung aufgetaucht, daß Deutschland sich wieder aufraffe und sein Selbstbewußtsein wieder zurückgewinne. Die französische Presse geht sogar so weit, zu behaupten, daß der alte Imperialismus Deutschlands sich auf den Trümmern des Zusammenbruches von neuem erhebe. Indem die deutsche Regierung sich bemüht hat, endlich wieder zu geordneten Verhältnissen zu kommen, argwöhnt blinder Haß schon neue deutsche Tücke. In dem Augenblick, da die Nationalversammlung eine Notverfassung angenommen hat, um aus den Irrungen der Uebergangszeit auf den Weg der Gesetzlichkeit zurückzukehren, glauben die fremden Machthaber an eine neue Drohung durch uns. Wir sind noch nicht ganz tot, das kann man uns nicht verzeihen und beabsichtigt deshalb unsere endgültige Erdrosselung. Die der französischen Regierung nahestehenden Blätter veröffentlichen eine Reihe von Forderungen, zu deren Annahme wir gezwungen werden sollen und die uns dann vollends den Garaus machen werden. Man nennt das „eine endgültige Klärung der Lage Deutschlands gegenüber dem Verbande". Wir sollen gezwungen werden, deutsches Land im Osten — Preußisch-Polen, Danzig und Ostpreußen — preiszugeben. Neben der Besetzung der Kruppschen Werke in Essen sollen sämtliche Fabriken Deutschlands unter Kontrolle des Verbandes gestellt werden und zuerst für den Verband arbeiten. Außerdem sollen wir weitere Lokomotiven und landwirtschaftliche Maschinen liefern.

Im Lichte dieser „Versöhnlichkeit" müssen wir den Vertrag betrachten, der soeben in Spaa unterzeichnet worden ist, nach dem uns größere Mengen von Schweinefett, Weizenmehl und kondensierter Milch geliefert werden sollen. Der Verband weiß sehr wohl, daß ohne die Lieferung dieser wichtigsten Nahrungsmittel eine furchtbare Hungersnot in Deutschland die Folge sein wird, da uns durch die effektive Blockade die Einfuhr irgendwelcher Lebensmittel zur Unmöglichkeit geworden ist. Die Verantwortung für ein neues großes Sterben will der Verband aber nicht übernehmen, so bereitet er uns auf Umwegen ein wirtschaftliches Ende, indem er uns zwar Lebensmittel liefert, die wir obendrein mit Geld und Wertpapieren neutraler Staaten bezahlen müssen, die Lieferung dieser Lebensmittel aber von dem Zustandekommen und der Innehaltung des Finanz- und Schiffahrtsabkommens abhängig macht. Wir können also ohne weiteres noch immer nicht mit der Lebensmittellieferung rechnen, sondern sind an jenes schikanöse Finanzabkommen gebunden, das unsere gesamte Ausfuhr und Einfuhr unter die Kontrolle

des Verbandes stellt, und von dem Foch selbst sagte, daß es eigentlich garnicht zum Gebiet der Waffenstillstandsbedingungen gehöre. Man müßte die Ausdrucksweise des Verbandes nicht kennen, daß das Schiffahrtsabkommen, wenn es in schönen Worten die Mitwirkung der deutschen Handelsflotte in der Weltschiffahrtsgemeinschaft verlangt, wohl etwas ganz anderes damit bezweckt. Das selbständige Bestehen unserer Handelsflotte ist durch dieses Abkommen auf das Schwerste gefährdet. Wir befinden uns in einer Zwangslage. Der Verband möge sich sehr wohl überlegen, ob er uns zwischen Hunger und Schmach wählen lassen will. Auf ihn allein fällt die Verantwortung.

Clemenceaus Furcht vor einer deutschen Gefahr.

(W) Meldung der Agence Havas: Clemenceau machte einem Vertreter der „Associated Preß" folgende Erklärungen: Ich habe gesagt, daß der Krieg gewonnen sei. Es ist vielleicht zu viel gesagt, wenn man sagt, es sei eine Pause im Sturm eingetreten. Aber man muß alle Möglichkeiten ins Auge fassen. Neuerdings gemachte Enthüllungen gaben mir Gelegenheit, in die Pläne des Feindes hineinzusehen, besser als man es früher vermochte. Es gab nicht nur einen Traum der Militärherrschaft Preußens, es gab auch eine tief angelegte Verschwörung zur Vernichtung Frankreichs sowohl in kommerzieller und industrieller Hinsicht, als auch in militärischer. Es ist sehr schwer, die Industrie Frankreichs wieder ins Leben zurückzurufen. Deutschland dagegen hat alle seine Werke in Ordnung halten können und kann sie sofort wieder in Betrieb setzen. In kommerzieller und industrieller Hinsicht ist beim Kampf zwischen Frankreich und Deutschland letzterem der Sieg geblieben. Was die Finanzen anbelangt, so sind die deutschen Kriegsschulden infolge der Blockade ausschließlich inländische, deren Zahlung leicht verweigert werden kann, während Frankreich seine Schulden bezahlen muß. Die Guthaben, die Frankreich vor dem Krieg im Auslande gehabt hat, belaufen sich auf 50 bis 60 Milliarden, von denen im günstigsten Falle vielleicht $^2/_3$ nachträglich wieder hereinkommen können. Was die militärische Lage angeht, so hat die gegenwärtige Lage gewiß etwas Beunruhigendes. Die Alliierten haben allerdings die deutsche Marine beschlagnahmt und den Feind entwaffnet, aber es bleibt noch das chaotische Rußland, woher die deutschen Truppen Hilfe beziehen können, wenn die englische Armee demobilisiert und die amerikanische nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt ist. So stände Frankreich isoliert da, und dann könnte die Gefahr entstehen, daß Deutschland den Streit mit Waffengewalt wieder aufnimmt. Dies müßte große Beunruhigung hervorrufen, wenn nicht Wilson seine Zusicherungen gegeben hätte. Alle unsere Pläne bauen sich auf der großartigen Grundlage auf, die Wilson gelegt, und auf den Prinzipien, die er bekundet hat. Wir haben keine käuflichen Aspirationen, und wir setzen unser ganzes Wissen und Können zur Schaffung einer besseren Welt ein, damit die ganze Menschheit in Gerechtigkeit leben kann.

Die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung.

Auf der Sozialistenkonferenz in Bern fordert Nathal Shannon (Irland) die Lösung der irischen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts. Müller (Deutschland) erklärt gegenüber dem Vorwurf, daß die deutschen Kolonien immer schlecht verwaltet worden seien, daß die deutschen Sozialisten immer gegen die Mißstände in der Verwaltung der Kolonien und besonders auch gegen schlechte Behandlung der Eingeborenen protestierten. Jetzt, da das alte System gestürzt ist, muß die deutsche Republik die Kolonien zurückerhalten, damit sie wirtschaftlich erstarken kann.

In der Nachmittagssitzung bringt im Auftrage der Kommission Henderson eine Resolution über die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung ein. Der Kongreß fordert u. a. 1. Kindern unter 15 Jahren ist jede Erwerbstätigkeit zu verbieten. 2. Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren dürfen nicht länger als 6 Stunden beschäftigt werden. 3. Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen darf am Sonnabend vier Stunden nicht überschreiten. Beschäftigung von Arbeiterinnen während der Nacht ist verboten. Einführung der Mutterschaftsversicherung ist mit einer Mindestentschädigung in Höhe des gesetzlichen Krankengeldes in allen Ländern zur Pflicht zu machen. Für die gleiche Arbeitszeit ist Frauen der gleiche Lohn wie Männern zu gewähren. 4. Die Arbeitszeit darf für Männer acht Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr früh ist gesetzlich verboten für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf Nachtarbeit angewiesen sind. Der freie Samstag Nachmittag ist in allen Ländern anzustreben. 5. Den Arbeitern ist generell eine zusammenhängende Ruhepause von mindestens 36 Stunden zu gewährleisten. 6. Zum Schutz der Gesundheit und zur Verhütung von Unfällen ist die Arbeitsdauer in gesundheitsschädlichen Betrieben je nach dem Grade der Gefahr auf weniger als acht Stunden festzusetzen. 7. Alle Gesetze und Regelungen auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes sind sinngemäß auf die Heimarbeiter-Industrie anzuwenden. Den Arbeitern ist in allen Ländern ein freies Koalitionsrecht zu gewähren. 8. Gesetze und Verordnungen (Gesindeordnung, Koalitionsverbot), welche einzelne Arbeitergruppen in eine Ausnahmestellung gegenüber anderen bringen, oder ihnen das Recht der Koalition und die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen und das Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingen vorenthalten, sind unzulässig und zu beseitigen. 9. Es ist eine Verordnung gegen die Arbeitslosigkeit zu schaffen. Die Arbeiter sind von Staatswegen gegen Berufsunfälle zu versichern. Der Erlaß von Auswanderungsverboten ist unzulässig, der Erlaß genereller Einwanderungsverbote ebenso.

Tagesereignisse.

— **(Neue Bedingungen für eine Waffenstillstandsverlängerung.)** Die „Daily News" erfahren aus Paris, daß man beabsichtige, in den Bestimmungen für die Verlängerung des Waffenstillstandes festzusetzen, daß Deutschland eine gewisse Zahl von Soldaten mit entsprechender Ausrüstung behalten und eine bestimmte Menge Kriegsmaterial ausliefern soll. Ueber den Zeitpunkt bestehen dem Korrespondenten der „Daily News" zufolge einige Meinungsverschiedenheiten. Amerika ist der Ansicht, daß es am besten wäre, festzustellen, was die Deutschen an Kriegsmaterial besitzen und dann die militärischen Ratgeber der Alliierten zu fragen, wieviel Material ihrer Ansicht nach für Deutschland ausreichend wäre. England dagegen will eine bestimmte Materialmenge festsetzen, die seiner Ansicht nach genügen würde, um Deutschland gegen einen Angriff zu schützen, und das übrige Material entweder wegschaffen oder vernichten. — Wie der Pariser Korrespondent des Reuterbüro meldet, sind die Amerikaner der Ansicht, daß die Deutschen im Augenblick über ihre ganze Armee verfügen können.

— **Der Verfassungsentwurf für Preußen** ist im Ministerium des Innern fertiggestellt. Er wird noch in dieser Woche das Staatsministerium beschäftigen und dann der konstituierenden Landesversammlung unterbreitet werden, deren Einberufung noch im Laufe des Monats mit Sicherheit erfolgen dürfte. Der Entwurf sieht ein Einkammersystem und einen bundesstaatlichen Präsidenten vor. Die preußische Regierung hat den Entwurf eines Gesetzes zu den Wahlen über die Kreistage vorbereitet. Ob das Gesetz im Verordnungswege erlassen oder der Handelsversammlung unterbreitet wird, darüber ist eine Entscheidung noch nicht getroffen.

— **(Aus Braunschweig.)** Unter den für Braunschweig angekündigten Gesetzentwürfen interessiert noch der Entwurf eines Gesetzes für die Einführung der Einheitsschule. Bei der folgenden Wahl des Präsidenten wurde der Führer der Mehrheitssozialisten, Rechtsanwalt Dr. Jasper, Mitglied der Nationalversammlung, fast einstimmig gewählt.

Der zweite Kongreß für die Gründung einer nordwestdeutschen Bundesrepublik nahm seine Verhandlungen wieder auf. Von 85 Städten sind 85 Delegierte erschienen, davon 30 aus dem Lande Braunschweig und die übrigen aus den verschiedensten Teilen Nordwestdeutschlands. Die erwartete Stellungnahme und Beschlußfassung zum eigentlichen Zwecke des Kongresses, nämlich zur Gründung einer nordwestdeutschen Bundesrepublik, steht überhaupt nicht auf der Tagesordnung. Die Versammlung beschäftigte sich lediglich mit der Notwendigkeit des politischen und wirtschaftlichen Zusammenschlusses der A.- und S.-Räte, die auf dem Boden des Rätesystems stehen, und der Errichtung sozialistischer Volkswehren.

— **(Ein Freistaat Niedersachsen.)** In der gestrigen Sitzung der Braunschweigischen Landesversammlung wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen ein Antrag angenommen, der von der Landesregierung fordert, die Bildung eines nordwestdeutschen Freistaates nicht mehr zu fördern, vielmehr in Verbindung mit einem freien Ausschuß des Landtages die Bildung eines Freistaates Niedersachsen anzubahnen, der mindestens noch das ganze Hannover umfassen soll. Reichsgesetzliche Bestimmungen sollen dabei beachtet werden.

— **(Der Schutz der Ostmark.)** Montag nachmittag hatte der Kriegsminister, Oberst Reinhard, eine Anzahl Abgeordneter des deutschen Ostens empfangen, die ihm ihre Wünsche nach militärischen Maßnahmen zum Schutze der Ostmark zur Kenntnis brachte. Die Wünsche werden von der Regierung zum Gegenstand eingehender Besprechungen gemacht werden, über deren voraussichtliches Ergebnis aus militärischen Gründen zur Zeit noch nichts verlautbart werden kann.

— **(Polnische Bandentätigkeit.)** Teile der in Galizien stark abgekämpften polnischen Truppen stehen an der preußisch-polnischen Grenze, wo sie sich seit einigen Tagen durch Bandentätigkeit bemerkbar machen. — Infolge eines geplanten Angriffes von Elbinger und Danziger Spartakisten auf den Marienburger Bahnhof, wo das Wasserwerk gesprengt werden sollte, traten die Marienburger Bahnbeamten in den Streik, so daß jeder Güter- und Personenverkehr auf der Strecke Graudenz—Marienburg und einigen Nebenstrecken ruht. Die Bahnbeamten bewaffneten sich.

— **(Die Verlegung des Großen Hauptquartiers.)** Die Verlegung des Großen Hauptquartiers nach Kolberg soll in Kürze beendet sein, so daß vom Mittwoch, den 12. Februar ab der Dienstbetrieb der Obersten Heeresleitung in Kolberg in vollem Umfange aufgenommen werden wird.

— **Generalfeldmarschall von Hindenburg** ist gestern nachmittag von Wilhelmshöhe nach Kolberg abgereist, wo in der nächsten Zeit das Große Hauptquartier seinen Sitz haben wird.

— **Der Zentral-Soldatenrat** des 8. Armeekorps in Osnabrück sprach sich in entschiedener Weise zugunsten der Nationalversammlung aus. Nicht der Mindestwille der Soldatenräte sei maßgebend, sondern der Gesamtwille des Volkes.

— **(Ein Aufruf zur Säuberung des Offizierkorps.)** Der Deutsche Offizierbund erläßt einen Aufruf an alle Offiziere der Armee und Marine, um bei der von ihm beabsichtigten Säuberung des Offizierkorps von unlauteren Elementen durch Lieferung von Material gegen solche Offiziere, die sich im Kriege als Schmarotzer des Standes bewiesen haben, behilflich zu sein. Es wird darin zunächst festgestellt, daß es bei Kriegsausbruch nur 49 056 Offiziere des aktiven und Beurlaubtenstandes gab, daß aber 152 225 junge Leute während des Feldzuges erst Offiziere geworden sind. Das alte Offizierkorps sei in seinem Kern durchaus gesund und die Verlustzahlen im aktiven Offizierkorps, das 34 vom Hundert an Toten und 94,7 vom Hundert an Gesamtverlust erlitten habe, sprechen eine so beredte Sprache für den Geist dieses Standes, daß allein schon deshalb jede Verallgemeinerung einiger übler Ausnahmen unterbleiben müsse. Um aber das verschwundene Vertrauen der breiten Volksmasse wieder zu erwerben, das für den Aufbau eines neuen Heeres unbedingt nötig sei, dürfe man sich nicht scheuen, ebenso jene Elemente, die dem Offizierstande Unehre gemacht, jetzt auszumerzen. Deshalb werden alle Offiziere, die wirkliche Verfehlungen von Angehörigen des Standes zur Sprache zu bringen haben, aufgefordert, ihr Material dem Deutschen Offizierbund, Berlin W 9, Potsdamer Straße 28, einzusenden.

— **(Keine Besetzung der Höchster Farbwerke.)** Die Generaldirektion der Höchster Farbwerke teilt mit, daß ihre Werke nicht von den Franzosen besetzt sind. Sie werden lediglich von zwei französischen Chemikern überwacht. Der Fabrikbetrieb geht weiter. Die vorhandenen und neufabrizierten Chemikalien sollen in erster Linie zur Deckung des Bedarfes der Alliierten verwendet werden. Der hiernach verbleibende Rest darf nach besonderer Genehmigung in das unbesetzte Deutschland ausgeführt werden. Für Medikamente bedarf es zur Ausfuhr nach dem unbesetzten Gebiet der besonderen Genehmigung der französischen Behörden, die aber weitherzig erteilt wird. Sonstige Beschränkungen bestehen für Medikamente nicht, auch nicht für Salvarsan. Nach Ansicht der Leitung der Höchster Farbwerke sind in ganz Deutschland noch beträchtliche Salvarsanvorräte vorhanden, so daß von einer Salvarsannot nicht die Rede sein kann.

— **(Amtsniederlegung der mecklenburgischen Ortsvorsteher.)** Die Regierung in Schwerin hat angeordnet, daß sämtliche Ortsvorsteher und Schulzen, in Mecklenburg auf Lebenszeit angestellte Beamte, am 23. Februar ihres Amtes entlassen und durch Neuwahlen ergänzt werden sollen. In einer Versammlung der Schöffen und Schulzen wurde dargelegt, daß diese Aufhebung der zivilrechtlichen Ansprüche ein Rechtsbruch durch die Regierung sei und der Beschluß gefaßt, daß, wenn die Regierung die Verordnung nicht aufhebt, sämtliche Ortsvorsteher und Schulzen ihre Aemter niederlegen werden. Vom Staatsministerium wurde daraufhin verfügt, daß es bei der Verordnung über die Neuwahlen der Dorfversammlungen und Schulzen vom 23. und 24. d. M. sein Bewenden behalte. Gleichzeitig erließ der Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat für Mecklenburg-Schwerin eine Bekanntmachung, daß Dorfschulzen und sonstige Ortsvorsteher, die ihre Tätigkeit vor dem 24. Februar einstellten, wegen Gefährdung der allgemeinen Volksernährung ihre Verhaftung zu gewärtigen hätten. Trotz dieser Androhung hat der Landesschulzenverein an die Schulzen und Ortsvorsteher die Parole ausgegeben, als Antwort auf die ministerielle Verfügung die Aemter niederzulegen, und das ist geschehen.

— **Eine notwendige Reform der Luxussteuer** strebt der „Nürnberger Bund", Großeinkaufsverband Deutscher Fachgeschäfte, Sitz Nürnberg, an. Derselbe hat in einer Eingabe an den Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamtes den Antrag gestellt, die dem Warenumsatzsteuergesetz angegliederte Luxussteuer in eine Fabrikatsteuer umzuwandeln. In der Eingabe wird betont, daß sich der Kleinhandel des Kunst- und Luxusgewerbes mit diesem Vorschlage keineswegs der Minderung bei der Erhebung der Luxussteuer entziehen wolle, sondern lediglich Befreiung von einer Steuerbuchungs- und Verwaltungsarbeit wünsche, die ganz und gar nicht in den Kreis dieser Geschäfte passe. Bei Erfüllung dieses Vorschlages würde aber auch eine Unmenge nutzloser Arbeit der Steuerbehörden überflüssig gemacht, da sich z. B. 300 Fabriken mit einer viel geringeren Arbeit nachprüfen lassen als etwa 5000 Detaillisten, umsomehr, als sich die Zahl der Kontrollfälle auf den Massenbezug des Kleinhandels vom Lieferanten und nicht mehr auf die vielen Einzelverkäufe des Kleinhandels an den letzten Kunden ermäßigen würde. Der gemachte Vorschlag bringt als eine wesentliche Vereinfachung der durch die Luxussteuer gebotenen Verwaltungsarbeit, die sowohl vom Reichsschatzamt und den Steuerbehörden als auch von den an der Steuer beteiligten Angehörigen des Erwerbslebens als eine große Wohltat empfunden werden dürfte. — Man kann nur dringend wünschen, daß dieser Antrag von Erfolg sein wird.

— **(Japan will die Blockade aufheben.)** Bekanntlich hat Japan erklärt, daß es an der Aufrechterhaltung der Blockade gegen Deutschland kein Interesse mehr habe und beabsichtige, im April aus dem Blockadeverband auszutreten. Wie dem Büro „Europa Preß" nunmehr aus Mailand gedrahtet wird, ist auch in italienischen Handelskreisen die Stimmung wegen der Fortdauer der Handelsblockade sehr erbittert. Besonders hat die Seidenindustrie durch die Ausfuhrverbote stark zu leiden. Auf eine Eingabe der Mailänder Handelskammer hat der Minister Ciuselli in seiner Antwort betont, daß sich die Regierung bemühe, die vom Blockaderegime abhängigen Schwierigkeiten, besonders hinsichtlich der Seide, zu mildern. Dies könne jedoch nur im Einverständnis mit den Alliierten geschehen. Weiter soll die Versorgung der Mittelmächte durch die Entente italienischerseits durch Ausfuhr von Südfrüchten unterstützt werden, damit auch die Schwierigkeiten auf dem italienischen Fruchtmarkt, der während des Krieges wegen des äußerst geringen Absatzes seiner großen Ernte stark darniederlag, wieder behoben werden.

Kleine Nachrichten.

Dem „B. L." zufolge soll der frühere Kronprinz Wilhelm erkrankt sein.

Von zuständiger Stelle erfährt die „Deutsche Allgemeine Zeitung", daß die neuen Waffenstillstandsverhandlungen keinesfalls vor dem 15. Februar beginnen werden.

Der „Vossischen Zeitung" zufolge hat die deutsche Waffenstillstandskommission die Reise nach Trier vorläufig verschieben müssen, weil die Ententevertreter mitgeteilt hatten, daß man den Beginn der Verhandlungen noch nicht festsetzen könne. Die deutsche Regierung würde 40 Stunden vorher verständigt.

In Kuxhaven wurde gestern ein provisorischen Soldatenrat gewählt. Die Verhandlungen mit der Division Gerstenberg blieben ergebnislos. Heute früh ist eine Deputation ins Bremer Hauptquartier gefahren. Von dem Ergebnis ihrer Verhandlungen hängt der weitere Vormarsch der Division ab.

Wie verschiedene Blätter aus Weimar melden, hat das Zentrum anstelle Giesberts, der jetzt Staatssekretär des Reichspostamtes sei, den Abg. Becker-Arnsberg als Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt vorgeschlagen.

Arme Liane.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.
(Nachdruck verboten.)

79. Fortsetzung.

„Ja, sie ist meine Tochter aus erster Ehe, aber sie weiß es so wenig als sonst ein Mensch. Wie schwer es mir geworden ist, meinem Kinde als ein Fremder gegenüberzustehen, das weiß nur ich allein. Aber ich konnte mich auch ihr nicht zu erkennen geben, ich hätte ihr ja meine Schuld beichten und ihre junge Seele mit Sorge belasten müssen, und ich nahm es hin als Buße für meine Schuld, daß ich mich nicht zu meiner Tochter bekennen durfte. Ich hielt das Geheimnis fest in meiner Brust verschlossen. Lianes Mutter starb schon nach zweijähriger Ehe, die ein kurzes, aber namenloses Glück für uns war. Liane brachte ich nach Doras Tode zu deren Tante Lott. Und dann verheiratete ich mich zum zweiten Male — niemand erfuhr, daß es nicht das erste Mal war. Wie ich mich mit meinen Pflichten gegen Liane abfand, erzähle ich dir später. Nur soviel noch: diese Frau Doktor Bartels engagierte ich als Ehrendame für meine Tochter, weil ich sie doch viel allein lassen mußte und nur selten einige Tage bei ihr weilen konnte.

Und dieses Weib sah in unserm zärtlichen Verhältnis in ihrer unreinen Phantasie etwas Häßliches.

Graf Joachim erzählte seinem Neffen nun, wie Frau Doktor Bartels Liane beschimpft hatte.

„Nun kannst du dir denken", fuhr er dann fort, „wie es auf mich wirkte, als ich hörte, daß du Liane liebst. Ich suchte krampfhaft nach einer Möglichkeit, euch zu eurem Glück zu verhelfen. Aber selbst wenn ich dir gesagt hätte, daß Liane meine Tochter ist — da sie eine bürgerliche Mutter hatte, wäre sie dir nicht ebenbürtig gewesen. Ich litt Höllenqualen in dieser Zeit.

Gottlob fand ich die Klausel, die mir einen Ausweg zeigte. Noch hoffte ich, daß alles gut gehen könnte, ohne daß ich meine Schuld zu beichten brauchte. Aber nun muß doch alles an den Tag. Lianes Ruf muß rein bleiben. Soviel bin ich meiner Tochter schuldig geblieben — ihren makellosen Ruf darf und will ich ihr nicht vorenthalten. Und nun stehe ich vor dir, mein lieber Detlev, als ein Schuldiger. In Wahrheit bist du der Majoratsherr von Rastenau, denn ich bin durch meine erste Ehe des Rechtes verlustig gegangen, die Erbfolge anzutreten. Verzeihe mir, daß ich dich schädigte. Ich habe schwer genug gebüßt. Und nun trete ich dir meine Rechte ab. Aber ich flehe dich an, laß meine Familie nicht darunter leiden."

Detlev beugte sich erregt zu seinem Onkel herab und umarmte ihn.

„Onkel Joachim, du weißt doch, daß wir beide die törichte Majoratsbestimmung aufgehoben haben. Was für mich gelten soll, muß auch für dich gelten. Wollte ich jetzt auf mein Recht pochen, was hülfe es mir, wenn du die Bestimmung aufrechterhalten würdest? Nein, nein — es besteht kein Gesetz mehr, was dich und mich von der Erbfolge ausschließt. Und — ich weiß nicht, ob ich in deinem Falle nicht ebenso gehandelt hätte, wenn ich keinen andern Ausweg gefunden hätte, um Liane zu meiner Frau zu machen. Du hast mich wahrlich nicht darben lassen, warst mir ein treuer Vater. Ich verzeihe dir gern. Kein Mensch ist ohne Schuld. Und du hast schwer gebüßt.

Es bleibt alles beim alten. Das Majorat bringt genug ein für uns alle, mehr, als wir brauchen können. Aber ich schulde dir abermals Dankbarkeit — dafür, daß du Dora Reinold heiratetest und sie Lianes Mutter wurde. Du gibst mir deine Tochter zur Frau, damit machst du mich reicher als durch tausend Majorate."

Erschüttert sah Graf Joachim zu ihm auf. Er faßte mit krampfhaftem Druck seine Hände.

„Mein Sohn — mein lieber Sohn! Wie soll ich dir danken, daß du mir soviel Verständnis entgegenbringst, daß du mich nicht verdammst."

Graf Detlev legte ihm die Hand auf den Mund.

„Sprich nicht solche Worte. Du mußt schwer gelitten haben."

„Das weiß Gott."

„Das soll nun alles vergessen sein. Diese Frau Doktor Bartels wollte Unheil anrichten und hat statt dessen Gutes gestiftet. Nur eins fehlt nun noch an meinem Glück — daß ich meine Liane erst wiedergefunden habe."

Graf Joachim sah ihn wie ein Begnadigter an.

„Dazu kann ich dir gottlob schnell helfen. Liane ist in Pension Wesemann und wartet dort auf Nachricht von mir."

Graf Detlev atmete tief auf.

„Gott sei Dank, nun soll sie bald aus aller Angst und Not erlöst sein und endlich eine Heimat finden."

„Ja, Gott sei Dank, Detlev! Und nun komm zu Tante Stefanie. Auch sie soll nun den letzten Rest meiner Beichte hören. Gott gebe, daß sie mir verzeihen kann. Und dann wollen wir gemeinsam beraten, was weiter geschehen soll."

Graf Detlev lächelte.

„Lieber Onkel — geh du zu ihr allein zu Tante Stefanie und eröffne dich ihr. Dabei bin ich wohl überflüssig. Ich will inzwischen Steffie begrüßen, die ich im Garten sah. Dann komme ich zurück zu euch beiden."

Sie reichten sich mit festem Druck die Hände und sahen sich tief in die Augen. Und dabei merkten sie, daß sie in dieser Stunde einander noch viel lieber geworden waren.

* * *

Gräfin Stefanie hatte Lianes Briefe gelesen und war im tiefsten Herzen bewegt. Ihre Augen blickten feucht, als ihr Gemahl bei ihr eintrat.

Sie kam ihm entgegen.

„Lieber Joachim, das arme Kind muß sofort nach Rastenau kommen. Eben wollte ich dich aufsuchen und das mit dir besprechen. Wo ist Detlev?"

„Er begrüßt Steffie und kommt dann zu dir. Er hat mich erst einmal allein zu dir geschickt — weil ich dir vorher doch noch etwas beichten habe. Auch das hat nun von meinem Herzen herunter. Du bist jetzt einverstanden, wenn Liane Reinold in Wahrheit ist."

(Fortsetzung folgt.)

Dieser Roman wird hier aufgeführt.

Westfalen u. Rheinland.

Stadtverordneten-Sitzung.

Kamen, 12. Febr. Zu einer dringlichen Sitzung waren Montag die Stadtverordneten geladen, elf waren der Einladung gefolgt. Den Vorsitz führte Herr Direktor Hußmann, den Magistrat vertrat Herr Bürgermeister Dr. Wiesner, außerdem waren von der Verwaltung die Herren Stadtbaumeister Kemna und Oberstadtsekretär Floer zugegen. Der nicht gerade große Zuhörerraum war von Bürgern, darunter auch Frauen, stark gefüllt. Es ist wohl das erste Mal, daß Frauen als Zuhörer den Beratungen beiwohnten.

Der Bürger-Ausschuß

bittet in einem Schreiben an den Magistrat die städtischen Vertretungen, gegen die Verfügung der Regierung auf Vornahme der Gemeinde-Wahlen bis zum 2. März Protest einzulegen. Weil nur allein die Nationalversammlung darüber zu befinden habe, entbehre die Wahl jeder gesetzlichen Grundlage. Der Westfälische Städtetag legt aus dem gleichen Grunde Protest bei der Regierung ein unter der Hervorhebung, daß durch diese überstürzte Maßnahme eine korrekte Verwaltung der Gemeinwesen gefährdet sei. Nur durch die Nationalversammlung könne das Gemeinde-Wahlrecht verordnet werden. Der Magistrat hat beschlossen, diese beiden Proteste zu unterstützen. Herr Direktor Hußmann bemerkt dazu, daß, nachdem man in letzter Sitzung die Vornahme der Wahlen beschlossen habe, man doch jetzt nicht protestieren könne. Die Proteste finden bei den Stadtverordneten keinen Anklang. Herr Strelinski freut sich, daß die Stadtverordneten den Magistrat, dessen Standpunkt er verstehen kann, nicht unterstützen. Die Proteste würden ja auch nichts genützt haben. Die schaffende Bevölkerung begrüße die Verordnung der Regierung. Den Protest des Bürger-Ausschusses verstehe er nicht. In der Bürgerschaft gingen allerlei Gerede über den A.-R. um. Er wolle erklären, daß der hiesige A.-R. sich stets enthalten habe, in Betriebe einzugreifen. Die Bürgerschaft solle sich fragen, ob der A.-R. trotz schwerer Zeit nicht die Ruhe und Ordnung hochgehalten habe. Das Ziel sei, nicht in die Tätigkeit anderer einzugreifen, sondern Ruhe in der Stadt zu halten. Herr Bürgermeister Dr. Wiesner bemerkt, die Revolution habe das Alte gestürzt und ein neuer Geist sei eingezogen. Es sei wohl denkbar gewesen, daß durch die Revolution die Behörden beiseite gesetzt würden, aber das war nicht möglich, weil so viel geschulte Personen mit Sachkenntnis fehlten. Die A.-R. seien als Kontrollinstanz eingesetzt worden, damit nicht im alten Geiste weiterverwaltet würde. Er habe in der kurzen Zeit seines Hierseins festgestellt, daß man mit dem A.-Rat gut fertig werden könne. Letzterer sei bestrebt, nicht entgegen, sondern mitzuarbeiten. Er hoffe, daß das Verhältnis so bleibe, zum Segen der Stadt.

Eine neue Verordnung, die der Vorsteher bekanntgibt, setzt die Zahl der den Städten zustehenden Stadtverordneten fest. Danach stehen der Stadt Kamen 30 Stadtverordnete gesetzlich zu. Weiter sieht der § 4 dieser Verordnung eine angemessene Entschädigung für die Stadtverordneten vor, und zwar so, daß diese dem entgangenen Arbeitsverdienst entspricht.

Die Wahl von 2 Beisitzern

und 2 Stellvertretern zu dem an Stelle des Wahlkommissars tretenden Wahlvorstand findet dann statt. Bei den Nationalwahlen war der Wahlkommissar der Landrat Gerstein in Bochum. Bei den Gemeindewahlen tritt an die Stelle des Wahlkommissars der Wahlvorstand. Der Vorsitzende dieses ist Herr Bürgermeister Dr. Wiesner. Zu Beisitzern wurden die Herren Hußmann und Hofius und zum 1. Stellvertreter Herr Frieling, zum 2. Stellvertreter Herr Hugo Müller gewählt. Die Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung finden, wie wir bereits gestern berichteten, am 2. März statt.

Für die Lesestube

bei Bergheim wird ein städtischer Zuschuß seitens des Kriegsfrauenbundes gewünscht. In einem längeren Schreiben wiederholt der Kriegsfrauenbund seine Bitte um Unterstützung, die seinerzeit von den Stadtverordneten abgelehnt wurde. Danach wurden in der Lesestube vom Oktober bis Januar 300 Tageskarten, 48 Monats- und 5 Jahreskarten ausgegeben. Einer Einnahme von 162 Mark steht eine Ausgabe von 263,82 Mark gegenüber. In anderen Städten wäre der Eintritt in die Lesehalle gänzlich frei, weil die Städte dort die Kosten auf sich nähmen. Die Besucherzahl wäre für die ersten Monate mit 600 nicht zu hoch gegriffen, sicherlich habe die Lesestube belehrend und anregend gewirkt. Die Stadt habe ein Interesse daran, solche Bildungsstätten zu besitzen. Es läge dem Bund nur daran, der Allgemeinheit zu dienen, und er bittet um Bewilligung von jährlich 200 Mark.

Herr Direktor Hußmann stellt richtig, daß der Bund erst an die Stadt herangetreten sei, nachdem die Lesestube längst eröffnet war. Das sei gerade ein Grund zur damaligen Ablehnung gewesen. Der Magistrat habe nun beschlossen, den Kriegsfrauenbund mit monatlich 20 Mark zu unterstützen, wenn dieser bereit ist, den Wünschen der Stadt zu entsprechen, dahingehend, vierteljährlich Bericht zu geben und den Bürgermeister oder ein anderes Mitglied der Körperschaft an der Verwaltung teilhaben läßt. Weiter bewilligt der Magistrat 200 Mark zur Anschaffung von gemeinnützigen Büchern, die dem Kriegsfrauenbund seitwärts überlassen werden sollen.

Herr Direktor Hußmann steht nach wie vor auf dem ablehnenden Standpunkt. Er sei nicht dafür, neben der Volksbibliothek auch noch eine andere private Sache zu unterstützen. — Herr Hofius schlägt vor, die Volksbibliothek mit der Lesehalle zu vereinigen, denn dauernd könne die Volksbibliothek nicht in dem jetzigen Gebäude bleiben. — Herr Hußmann bemerkt dazu, daß der Vorstand der Volksbibliothek ins Auge gefaßt habe, falls die Lebensmittel-Büroräume frei werden, die Volksbibliothek dorthin zu verlegen und eine Lesestube damit zu verbinden. Bisher sei ein solches Vorhaben nur an dem Raummangel gescheitert. — Herr Lifmann erkennt das gute Wollen des Kriegsfrauenbundes voll und ganz an. Die Lesestube würde von der Arbeiterschaft wenig benutzt, die Lage scheine ihm in dieser Beziehung wenig günstig. Bisher habe man nur Gelder bewilligen und immer wieder bewilligen müssen, er wisse nicht, woher das Geld kommen solle. Diese Bewilligung sei nicht unbedingt nötig, und daher sei er für die Ablehnung. — Herr Bürgermeister Dr. Wiesner tritt in längerer Rede für den Antrag und den Magistratsbeschluß ein. In Anlehnung an die von uns an anderer Stelle in heutiger Nr. mitgeteilte Statistik über die Beteiligung an den Wahlen in unserer Stadt kommt er dahin, daß das Interesse geweckt sei. Danach komme aber die Verantwortung und zu dem Gefühl der Verantwortung gehöre Können und Wissen. Der Bildungsdrang des Arbeiters sei sehr stark und da heißt es, den Wissensdurst zu befriedigen. Man müsse das Volk nicht allein politisch interessieren, sondern so erziehen, daß es eine andere politische Richtung, oder eine andere Ansicht verstehe und anerkenne. Dazu gehören Bücher und Zeitungen. Ein Bedürfnis für die Lesestube bestehe hier, das beweise die Besucherzahl in den ersten Monaten. Redner hält es auch für richtig, Volksbibliothek und Lesestube zu verbinden, aber das sei heute unmöglich wegen der Raumfrage. Bis zur Behebung dieser könne noch viel Zeit vergehen. Ueberdies würde die Einrichtung einer eigenen Lesestube der Stadt größere Kosten verursachen. Der Magistrat habe die Unterstützung einstimmig beschlossen. 240 Mk. spielten im Etat der Stadt keine Rolle. Er selbst sei für eine sparsame Wirtschaft, aber bei der Kultur dürfe man nicht ansetzen. Er würde alle, besonders aber die Arbeiterschaft, auf die Lesestube als paritätisches Institut hinweisen und sie ersuchen, fleißig die Lesestube zu besuchen. Zum Schluß tritt Herr Dr. Wiesner warm für die Bewilligung des Zuschusses ein und Herr Strelinski unterstreicht die Ausführungen und bittet um Zustimmung zu dem Beschluß des Magistrats. Die Stadtverordneten jedoch lehnen die Magistrats-Vorlage und damit den Zuschuß ab.

Das Betriebsergebnis der Kleinbahn für das letzte Vierteljahr 1918 enthält eine Einnahme von 182 774 Mk., eine Ausgabe von 126 468 Mk., demzufolge einen Brutto-Ueberschuß von 56 306 Mk.

Die Einrichtung eines

städtischen Wohnungsnachweises

hat der Magistrat erneut beschlossen und ersucht um Zustimmung der Stadtverordneten. Ein früherer Antrag wurde im Oktober abgelehnt, weil nur Städte über 10 000 Einwohner einen Nachweis einrichten müßten. Kamen hatte z. Zt., keine 10 000 Einwohner. Nach der letzten Personenstandsaufnahme ist die Zahl überschritten und daher muß der Wohnungsnachweis eingerichtet werden. Weiter versprachen sich die Stadtverordneten nicht viel von der Einrichtung, weil mit der Errichtung die Wohnungen noch längst nicht da seien. Herr Strelinski betont, daß der Wohnungsnachweis auch andere Aufgaben habe, als nur freiwerdende Wohnungen zu vermieten. Eine dieser Aufgaben sei, einen Zwang auszuüben auf solche Bürger, die trotz kleiner Familie eine große Anzahl von Zimmern haben. Er wolle doch darauf hinweisen, daß das Mieteinigungsamt erst jetzt eingerichtet würde, nachdem dieses schon im November von den Stadtverordneten beschlossen sei. Herr Bürgermeister erklärt, daß vor der Errichtung des Nachweises und des Mieteinigungsamtes eine neue Bürokraft kommen müsse, da alle anderen Kräfte voll belastet seien. Er dächte dabei besonders auch an die Führung der Protokolle beim Mieteinigungsamt usw. Der Errichtung des Wohnungsnachweises geben darauf die Stadtverordneten ihre Zustimmung.

In der Zusammenlegungssache Kamen fand kürzlich Termin statt, in dem Herr Dr. Wiesner auf die sicherlich in allernächster Zeit eintretende Arbeitslosigkeit hinwies und die Ausschreibung von

Notstandsarbeiten

forderte. Als Notstandsarbeiten sind der Ausbau und die Härtung (Aschenbelag) der Wedinghofer Straße vom Hindenburgplatz bis zur Margaretenstraße, der Weg am Stadtgraben entlang, anfangend gegenüber Wirtschaft Nagel bis zur Werner Straße, der unbefestigte Teil des Weges von der Hammer Straße (hinter Jackenkroll) nach Rottum, der Verlängerung der Jahnstraße und der Merschstraße von der Seseke brücke durch das Mersch bis zum Querweg, gedacht. Diese Arbeiten sollen dem Demobilmachungskommissar als Notstandsarbeiten bezeichnet werden und, falls dieser diese als solche anerkennt, werden den Interessenten 5/6 der Uebererneuerungskosten zurückvergütet. Die Herren Hußmann, Hofius, Lifmann, Strelinski und Lepke treten für den sofortigen Ausbau resp. Befestigung der Straßen ein. Die Vorlage wird darauf angenommen.

Nachdem in letzter Sitzung die Jahres-Rechnung der städtischen Kassen für 1916 abgenommen wurde, fand jetzt die Abnahme für 1917 statt.

Die Stadtkasse I schließt ab in Einnahme mit 2 163 043 Mk., in Ausgabe mit 1 939 198 Mk., Ueberschuß 193 844 Mk., die Stadtkasse II: Einnahme 14 492 Mk., Ausgabe 674 Mk., Ueberschuß 13 817 Mk.; Armenkasse: Einnahme 19 979 Mark, Ausgabe 34 131 Mk., Zuschuß 14 151 Mk.; Schulverbandskasse: Einnahme 145 973 Mk., Ausgabe 135 231 Mk., Ueberschuß 10 745 Mk.; Gymnasialkasse: Einnahme 52 221 Mk., Ausgabe 65 891 Mark, Zuschuß 13 670 Mk.; Stipendienkasse: Einnahme 1797 Mk., Ausgabe 1619 Mk., Ueberschuß 177 Mk.; Töchterschulkasse: Einnahme 21 034 Mk., Ausgabe 15 818 Mk., Ueberschuß 5245 Mk.; Gaskasse: Einnahme 123 915 Mk., Ausgabe 120 936 Mark, Ueberschuß 2948 Mk.; Wasserkasse: Einnahme: 113 743 Mk., Ausgabe 61 929 Mk., Ueberschuß 51 814 Mk.; Schlachthauskasse: Einnahme 11 272 Mk., Ausgabe 49 125 Mk., Zuschuß 37 853 Mark; Fortbildungsschulkasse: Einnahme 5425 Mark, Ausgabe 2803 Mk., Ueberschuß 2317 Mk.; Volksbibliothekskasse: Einnahme 1529 Mk., Ausgabe 1503 Mk., Ueberschuß 25 Mk. Die Rechnungen wurden ordnungsmäßig geprüft. Erinnerungen nicht gezogen und dem Rendanten Herrn Cordes Entlastung erteilt.

Zum Schluß wurde der Anstellung des Handlungsgehilfen Walter Kuhlmann für das Büro der Gasanstalt zugestimmt.

Kamen, 12. Febr. (Verschiedenes.) Sicherungsübereignungen zugunsten eines einzelnen Gläubigers eines Schuldners sind rechtlich zulässig und nicht schlechthin sittenwidrig. Entscheidend hierfür ist, ob der Gesamtcharakter des fraglichen Rechtsgeschäfts nach Inhalt, Beweggrund und Zweck gegen das Anstands- und Rechtsgefühl verstößt. Es kommt also für die Frage der Sittenwidrigkeit stets auf die Umstände des einzelnen Falles an.

Die Beteiligung der einzelnen Wählergruppen bei den Wahlen zur Nationalversammlung in unserer Stadt war eine gute. Nachstehend geben wir eine interessante Uebersicht über die Beteiligung der Wähler nach Alter und Geschlecht. Wahlberechtigt waren überhaupt 5495 Personen. Davon haben 4981 gewählt = 90%. Bei den männlichen Personen von 20 Jahren haben von 73 Wahlberechtigten 59 gewählt = 80%, von 279 Wählern von 21 bis 25 Jahren 214 = 77%, und bei 2234 von 25 und mehr Jahren 2042 = 91%. Die weiblichen Wähler haben das größte Interesse bekundet. Es wählten von 81 von 20 Jahren 69 = 85%, von 357 von 21 bis 25 Jahren 322 = 90%, von 2471 von 25 und mehr Jahren 2275 = 92%.

(Die Oberbekleidung der Frauen von der Bezugsscheinpflicht befreit.) Gemäß einer Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle werden Stoffe aus Wolle, Halbwolle oder Kunstwolle in einer Breite bis zu 130 Zentimeter einschließlich, Flauschstoffe und Plüsche in jeder Breite, Kleider, Röcke, Mäntel, Umhänge, Morgenröcke, Jacken und Blusen aus Wolle, Halbwolle oder Kunstwolle für Frauen und Mädchen auf die Freiliste gesetzt. — Damit ist im wesentlichen die Oberkleidung für Frauen und Mädchen von der Bezugsscheinpflicht befreit. Diese Befreiung war nötig, weil im Handel genügend Bestände an diesen Waren vorhanden sind und sie schien geboten, um den Bedürfnissen der Frauenwelt nachzukommen und gleichzeitig der Entwertung durch Mode und andere wirtschaftliche Entwicklungen vorzubeugen. Für Männeroberkleidung muß aber die Bezugsscheinpflicht aufrecht erhalten bleiben; der Bedarf der entlassenen Soldaten an Zivilanzügen allein ist so stark, daß hier voraussichtlich noch auf längere Zeit die vorhandenen Vorräte gestreckt werden müssen.

Ueber die Zulagen für Schwerarbeiter wird durch das Wolffbüro bekanntgegeben: Die Schwer-, Schwerst- und Rüstungsarbeiterzulagen sind bekanntlich mit Wirkung vom 10. 2. aufgehoben. Hier und da ergaben sich bei der Durchführung der Maßregeln jedoch Schwierigkeiten. Um den daraus hervorgehenden Unzuträglichkeiten Rechnung zu tragen, insbesondere um Ungleichmäßigkeiten in den Nationen, die bei den ungeordneten Zuständen eintreten müßten, vorzubeugen, hat sich der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes mit einer Fristverlängerung bis zum 1. 4. für die Durchführung des Wegfalls der Zulagen in den Fällen einverstanden erklärt, in denen sich die Durchführung bislang nicht ermöglichen ließ. Bis zum 1. 4. können aber die notwendigen Organisationsmaßregeln überall getroffen sein, sodaß nach dem 1. April Zulagen nirgends mehr gewährt werden dürfen.

(Kriegsbeschädigtenfürsorge für die Freiwilligen des Grenzschutzes.) Den Freiwilligen, die sich der Regierung zum Schutze der deutschen Ostgrenze zur Verfügung gestellt haben, wird, wenn sie in der Erfüllung dieser Ehrenpflicht Schaden an ihrer Gesundheit nehmen, nach einem Erlaß des Kriegsministeriums vom 9. Januar 1919, militärische Heilbehandlung und Rentenversorgung ebenso zuteil, wie den im Felde verwundeten oder erkrankten Kriegern. Ihrer nimmt sich auch die bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge bereitwilligst an, wenn sie infolge ihrer Dienstbeschädigung weitergehender sozialer Hilfe bedürfen.

Schwerte, 11. Febr. **(Die Kriegerwaisen bestohlen.)** In der Nacht zum Sonntag brachen Diebe in das im Hagemannschen Hause an der Kampstraße untergebrachte Kreiskinderheim ein und stahlen die für die daselbst verpflegten Kinder, durchweg Kriegerwaisen, bestimmten Vorräte an Lebensmitteln. Sie ließen u. a. Hülsenfrüchte, Fleisch, Butter, kondensierte Milch, Brot und sogar 40 Brotkarten mitgehen.

Schwerte, 11. Febr. **(Großmutter und Enkelkind unter die Straßenbahn geraten.)** Die schon ältere Frau des Schreinermeisters Adrian aus der Haselackstraße wollte am Samstag mit ihrem dreijährigen Enkelkind vor einem Straßenbahnwagen in der Hüsingstraße noch die andere Straßenseite gewinnen, kam zu Fall und geriet mit dem Kinde unter den Wagen. Beide waren derart unter den Wagen eingepreßt, daß dieser erst gehoben werden mußte, um die Verunglückten zu befreien. Die Verletzten wurden dem kath. Krankenhause zugeführt. Frau A. hat außer inneren Verletzungen einen Bruch beider Oberschenkel erlitten, das Kind eine schwere Verletzung am Kopf; der Zustand ist bei beiden sehr ernst.

Beckum, 11. Febr. **Von einem schweren Schicksalsschlage** wurde die Familie Steinschröter im Kirchspiel Beckum betroffen. Infolge Lungenentzündung wurden ihr drei Kinder im Alter von 4, 6 und 7 Jahren durch den Tod entrissen.

Gelsenkirchen, 10. Februar **Beim Eislauf** auf dem Kanal in Gelsenkirchen-Hessler brachen fünf Kinder auf dem Eise ein. Drei konnten gerettet werden. Die beiden anderen ertranken.

Datenhorst, 11. Februar. **(Raubüberfall.)** In der Nacht hielt vor Haus Außel (Besitzer Herr A. Henckelmann) ein vollbesetztes Automobil. Neun Männer in Soldatenuniform entstiegen dem Auto und drangen mit vorgehaltenen Revolvern gewaltsam in Haus Außel ein. Die Banditen raubten (nach den bisher vorliegenden Nachrichten) alles im Hause aufbewahrte Geld, sämtliche Wertsachen und die Lebensmittelvorräte. Ihre Beute luden sie auf das Automobil und verschwanden damit.

Hamborn, 11. Febr. **(Protest der Kirchengemeinden.)** Die Kirchengemeinden beider Konfessionen der Stadt Hamborn erlassen folgende Protestkundgebung: Aus Anlaß [illegible] Dienstag, den 21. Januar, nachmittags 4 Uhr, hier stattgefundenen Trauerfeier für das Mitglied der sozialdemokratischen Partei, Karl Liebknecht, wurde seitens der hiesigen kommunistischen Partei die Anordnung getroffen, in allen Kirchen Hamborns, Walsums und Dinslakens die Glocken zu läuten. Mitglieder dieser Parteien haben diesen Beschluß ausgeführt und das Trauergeläute veranstaltet. Die Kirchengemeinden beider Konfessionen der Stadt Hamborn erheben einmütig Protest gegen diese Anordnung der kommunistischen Partei. Die Kirchengemeinden erklären, daß das Vorgehen ein brutales, gesetzwidriges Eingreifen in die Selbstverwaltung der Kirche bedeutet. Das christliche Empfinden der beteiligten Kreise ist dadurch in ungehöriger Weise verletzt worden.

Wesel, 11. Febr. **(Sparkassenraub in Wesel.)** Montag morgen 4 Uhr wurde von einem etwa 100 Mann zählenden bewaffneten Trupp unter Mithilfe von Soldaten wiederum das Gerichtsgefängnis gestürmt und die dort befindlichen Verbrecher in Freiheit gesetzt. Unter diesen befindet sich eine gemeingefährliche Diebesbande, die in der letzten Zeit fortwährend Wesel und Umgebung unsicher machte. Die Gefangenen hatten bereits am Sonntag nachmittag versucht, in dem Gefängnis zu meutern und auszubrechen. Mitglieder des Arbeiterrates sowie die Beamten waren dem stark bewaffneten Trupp gegenüber vollständig wehrlos. Die Polizeitruppen griffen aus verschiedenen Gründen nicht ein. Infolge all dieser Vorfälle ist jeder Verkehr von abends 10 Uhr an im Einverständnis mit dem Arbeiterrat polizeilich verboten.

(TU) **Düsseldorf**, 11. Febr. **Die Sperrung des Telephonverkehrs** mit ganz Deutschland dauert für Düsseldorf fort, weil die Besetzung des Fernamts durch die Spartakisten weiter besteht. Infolgedessen hat Düsseldorf unter außerordentlichen Einschränkungen des Geschäfts- und Wirtschaftslebens zu leiden.

Beul, 10. Februar. **(Sparkasse beraubt.)** Mittags gegen 12½ Uhr verübten drei unbekannte Männer in dem Geschäftsraume der Beueler Zweigstelle der Kreissparkasse des Landkreises Bonn einen schweren Raub. Sie überfielen den Kassierer und den Buchhalter mit geladenem Revolver, knebelten und fesselten die beiden Beamten und raubten aus der Kasse 108 000 Mark. Bis jetzt ist noch keiner der Räuber festgenommen.

Weitere Nachrichten.

Die Verteilung der Reichsämter.

TU **Frankfurt** a. M., 11. Febr. Zu der Verständigung über die Frage der Kabinettsbildung erfährt die Frankfurter Zeitung aus Weimar: Reichspräsident wird Ebert. Zum Ministerpräsidenten ist Scheidemann ausersehen. Außerdem erhalten von den Sozialdemokraten Noske das Reichsverteidigungsamt, Landsberg das Reichsjustizamt, Bauer das Reichsarbeitsamt, Müller das Reichswirtschaftsamt. Wissel und Dr. David bekommen Staatssekretariate ohne Portefeuille, und zwar ist David insbesondere für die Mitwirkung beim Friedensschluß ausersehen. Von der Deutschen demokratischen Partei werden besetzt: Das Reichsamt des Innern, welches Staatssekretär Dr. Preuß erhalten hat, das Auswärtige Amt, das Graf Brockdorff-Rantzau zufällt, und das Reichsschatzamt mit Schiffer. Dem Zentrum werden zufallen das Reichspostamt und das Reichsernährungsamt, an dessen Spitze wahrscheinlich der Abgeordnete Stegerwald treten wird. Erzberger wird ein Staatssekretariat ohne Portefeuille erhalten.

Der Leipziger Streik.

TU **Leipzig**, 11. Febr. Der Streik der uniformierten Polizei und der Feuerwehr Leipzigs wurde nach einer großen Versammlung im Sanssouci gestern nachmittag vorläufig im Interesse der Bürgerschaft eingestellt. Das bedeutet aber keineswegs den endgültigen Abbruch des Streiks, sondern nur ein Ultimatum an den unabhängig-soz. Rat der Stadt. Sollten die Forderungen bis Mittwoch abend nicht angenommen sein, so tritt am Donnerstag morgen der Streik von neuem in Kraft.

Sehr ernste Meinungsverschiedenheiten bei der Entente.

TU **Genf**, 11. Febr. Die Verhandlungen des Kriegsrats der Entente über die Erneuerung des Waffenstillstandes mit Deutschland, die am Freitag in Paris begonnen haben und am Sonnabend fortgesetzt wurden, sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Sie wurden am Montag wieder aufgenommen. Der Temps gibt in seinem gestrigen Leitartikel offen zu, daß sehr ernste Meinungsverschiedenheiten unter den Regierungen der Großmächte bestehen, so daß eine Einigung über die zu stellenden Forderungen Frankreichs zweifelhaft geworden ist.

Vereinsnachrichten.

Westick, 12. Febr. **(Krieger- und Landwehr-Verein.)** Wie aus dem Inseratenteil der gestrigen Nr. ersichtlich, hält der Krieger- und Landwehr-Verein Westick am Sonntag, den 16. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal beim Wirt Artur Schulze-Beckinghausen seine diesjährige Jahres-Versammlung ab, verbunden mit einer kleinen Begrüßungsfeier der aus dem Feldzuge heimgekehrten und aus dem Heeresdienste entlassenen Krieger. Die Versammlung, welche satzungsgemäß im Januar stattfinden, mußte ist infolge der stattgefundenen Wahlen verschoben worden und, da auch der Verein beabsichtigte, diese Versammlung mit einer Begrüßungsfeier für die heimgekehrten Krieger zu verbinden, diese aber durch die Vorbereitungen zu den Wahlen an der Versammlung verhindert waren, hat der Vorstand dieselbe auf den 16. d. M. festgesetzt. Von der Veranstaltung einer größeren Festlichkeit, verbunden mit Tanz usw., hat der Vorstand Abstand genommen, da eine solche dem Ernste der Zeit und einer Trauer um die Gefallenen der Gemeinde nicht entsprechen würde. Die Begrüßung der heimgekehrten Krieger soll ein herzliches Willkommen an diese, aber auch ein Gedenken an die Gefallenen sein. Der Vorstand des Vereins lader auch an dieser Stelle alle heimgekehrten Krieger der Gemeinde und sämtliche Vereinsmitglieder ein zu dieser Begrüßungsfeier recht zahlreich [illegible]



Heute morgen 2 Uhr entschlief sanft und gottergeben nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die

Ehefrau Heinrich Münstermann

Karoline geb. Knepper

im Alter von 57 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kamen, Pelkum, französische Gefangenschaft, Südkamen, Remscheid, Köln-Riehl, den 11. Februar 1919.

Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause, Markt 9, aus statt. 557

Ludwig Knieper, Kamen, Nordstr. 7. Telefon 204.
Grösste und älteste Sargschreinerei und Beerdigungsinstitut.

Weit über 100 Särge, in allen Grössen und Sorten, auf Lager. Strengste Reellität, prompte Bedienung, möglichst billige Preise. Auf Wunsch Aufbahrung mit Kandelaber und Katafalk-Decke. Neu zugelegt: Verstellbare Trauer-Dekoration passend für jedes Zimmer. Beschädigung der Wände und unliebsames Geräusch ausgeschlossen. Uebernahme ganzer Beerdigungen. 28

Trauer-Briefe

und andere Trauer-Drucksachen

werden sofort nach Bestellung angefertigt.

Kamener Zeitung G. m. b. H.

Geschäftsstelle: Weststraße 10.
Druckerei: Unnaer Straße 168.

F. W. Heineke, Kamen.

— Neu eingetroffen: —

Konfirmanden-Anzüge
dunkelblau in allen Grössen

Blaue Jacken und Hosen
kein Ersatzstoff.

Extra schwere graue Drellhosen
Herren-Unterhosen
Weisse Köper-Mannshemden,
kein Ersatzstoff. 559

Billige Oefen

in großer Auswahl 462
Kamen. Carl Müller.

Plantoxsosse für 4 Personen

½ Liter Wasser, 1 Teelöffel Plantox, 1 Esslöffel Mehl, 1 Esslöffel Essig.

Das Wasser bringt man mit dem Plantox ins Kochen. Das Mehl rührt man mit 2 Esslöffel kaltem Wassers aus, gibt es unter Rühren an die Plantoxbrühe, kocht die Sosse zwei Minuten, dann gibt man Essig hinzu und lässt die Sosse noch einmal aufkochen.

„Plantox" ist in Packungen von 30 Gramm, 1/8, 1/4, 1/2 und 1/1 Pfund zu haben und von der Ersatzmittelstelle Hamburg genehmigt. Paraguay-Fleischextract-Gesellschaft m. b. H., Hamburg. 279

Gelöschten und ungelöschten

Weiß-Kalk

zum Düngen

hat abzugeben, 558

Karl Asche,
Baugeschäft,
Nordenmauer 37,
Telephon 245.

Römer, Kaltblut-hengst, Fuchs, Vater Robinson, von Haus Böing, Mutter Alma von Heeren,

deckt Stuten

feines Schlages. 480

Deckpreis 30 Mk.

Schulze-Kump,
Heeren.
Fernruf Kamen 167.

Kleines

Wohnhaus

mit Stallung, für sofort oder später zu verkaufen. 51

Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Ztg.

Hochtragende

Kuh



zu kaufen gesucht. 531

Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Amt Unna-Kamen.

Die Ausgabe der Mahlkarten für Selbstversorger für die Zeit vom 15. Februar bis 14. März wird wie folgt festgesetzt: Tag der Ausgabe:

Freitag, den 14. Februar 1919:

Gemeinde Afferde nachm. von 2—2¾ Uhr, Zimmer Nr. 7; Gemeinde Heeren-Werve nachm. von 2¾—3½ Uhr, Schalter; Gemeinde Lünern nachm. von 2—2¾ Uhr, Zimmer Nr. 6; Gemeinde Massen nachm. von 2¾—3½ Uhr, Zimmer Nr. 7; Gemeinde Mühlhausen nachm. von 2¾—3½ Uhr, Zimmer Nr. 6; Gemeinde Stockum nachm. von 2¾—3½ Uhr, Schalter; Gemeinde Südkamen nachm. von 3½—4¼ Uhr, Zimmer Nr. 6; Gemeinde Uelzen nachm. von 3½—3¼ Uhr, Zimmer Nr. 7; Gemeinde Wasserkurl nachm. von 3½ bis 4 Uhr, Schalter; Gemeinde Siddinghausen durch den Gemeindevorsteher Düllmann nachmittags von 2—3½ Uhr; Gemeinde Hemmerde und Westhemmerde durch den Gemeinde-Vorsteher Grube, Hemmerde, nachm. von 2 bis 3½ Uhr; Gemeinden Oberaden, Weddinghofen und Niederaden, nachm. von 2—3½ Uhr durch den Gendarmerie-Wachtmeister Franke in der Wirtschaft Husemann in Oberaden; Gemeinde Methler nachm. von 2—3½ Uhr durch den Hauptlehrer Budde an der Ausgabestelle in Methler; Gemeinde Westick nachm. von 2—3½ Uhr durch den Gemeindevorsteher Koch in der Ausgabestelle in Westick.

Unna, den 7. Februar 1919.

Die Polizeiverwaltung des Amtes Unna-Kamen:
J. V.: Lehmhaus.

Fr. Brinkmann

begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 24

Auf nach Kamen!

Der

Gesellschaftsklub „Fidelio"-Kamen

veranstaltet **am Sonnabend, den 15. Februar ds. Js.,** einen

großen

Preis-Maskenball



im Saale des Wirts Herrn **Wilh. Reinhard** (Schützenhof).

2 Herren-, 2 Damen-, 2 Clown- u. Gruppenpreis
gelangen zur Verteilung.

Unparteiische reelle Preisrichter, — Wertvolle Preise.

Musik Herzog! Musik Herzog!

Kassenöffnung 7½ Uhr. — Anfang 8 Uhr.

Die Demaskierung findet nicht um 12 Uhr, sondern schon um 10 Uhr statt.

Nach der Demaskierung Preisverteilung.

Masken, die nach 8½ Uhr erscheinen, haben keinen Anspruch auf Preise.

Karten im Vorverkauf für Masken 2.25 Mk., für Zuschauer Herren 1,25 Mk., für Damen 0,75 Mk. An der Kasse für Masken 2,50 Mk., für Zuschauer Herren 1,50 Mk., für Damen 1,— Mk. Karten im Vorverkauf sind zu haben bei den Mitgliedern und bei Herrn W. Reinhard. 553

Der Vorstand.

Lebensmittelverteilung im Amt Unna-Kamen.

In dieser Woche gelangen zur Ausgabe auf Reichsfleischkarte:

125 Gramm Fleisch,
50 Gramm Wurst,

außerdem die Zulagen für Schwerarbeiter.

Auf Fettkarte: 60 Gramm Fett.

Ferner 400 Gramm Marmelade, 100 Gr. grüne Erbsen (Auslandsware); Verkaufspreis der Erbsen 2,50 Mk. je Pfund.

Unna, den 10. Februar 1919.

Der Amtmann: J. V.: Lehmhaus.

Stellen-Angebote.

Suche

Lehrling,

mit Gymnasialbildung bevorzugt. 552

Löwen-Drogerie
Rudolf Schneidersmann.

Morgenmädchen

für sofort gesucht. 555

Frau Enselmann.

Mädchen

für alle Hausarbeit per sofort gesucht. 556

Weissenfeld, am Bahnhof 1.

Tüchtiges, propres

Mädchen

sucht zum 1. März

Frau Reg.-Landmesser Balcke, 551
Unna-Königsborn,
Bismarckstraße 50.

Zum 1. März besseres

Mädchen

für ruhigen Haushalt nach Elberfeld gesucht.

Näheres bei **Frau Stadtbaumeister Kemna,** Westfir. 44.

Aelt. bess. Mädchen
mit guten Zeugnissen für kleinen Haushalt nach Hamm gesucht. 529

Näheres bei Frau **Wilh. Klemp,** Unna-Königsborn, Kaiserstraße 34.

Eine 2—3 Zimmer-Wohnung
an ruhige Leute zum 1. März zu vermieten. 549
Zu erfr. in der Geschäftsst.

Gut erhaltener

Kinderwagen

zu verkaufen. 550
Rottstraße 24.

Einige Zentner

Runkeln

zu kaufen gesucht. 52
Näh. zu erfr. in der Geschäftsst. d. K. Ztg.

Suche zu kaufen Posten

Runkeln

Angebote mit Preis an diese Zeitung. 524

Ein gebrauchter eiserner

Wasch- od. Viehkessel
mit Feuerung zu kaufen gesucht. 548

Pasermas, Bergkamen,
Landwehrstraße.

Tinten z. Hand u. Kontor **Kamener Zeitung.**

Besiegt.

Roman von L. Ideler.

(Nachdruck verboten.)

72. Fortsetzung.

Ehe Harriet von Wippern am andern Tage für immer in ihre neue und doch so alte Heimat übersiedelte suchte sie den Justizrat Wächter auf und begehrte ihn allein zu sprechen. Bereitwillig entsprach der gute alte Herr ihrem Wunsch und führte sie in sein Privatzimmer.

„Was haben Sie denn nun noch auf dem Herzen, liebes Fräulein?" fragte er gutmütig.

Statt aller Antwort legte Harriet einen Pack Banknoten vor ihm auf den Tisch.

„Hier, Herr Justizrat," sagte sie in geschäftsmäßigem Tone, „ist die Belohnung, die ich dem Seltenburger Gericht zugedacht habe, als geringfügige Erkenntlichkeit für die freundliche Unterstützung, die mir die Herren von Anfang an angedeihen ließen. Es sind zehntausend Mark."

Sie sprach völlig ernst, aber um ihre Mundwinkel zuckte ein Lächeln.

Der alte Herr schob die Brille in die Höhe.

„Dem Seltenburger Gericht? Mein liebes Fräulein, das sind Tann und ich; ein anderer ist hier nicht. Wem bestimmen Sie diese Belohnung?"

„Das müssen Sie als der ältere und erfahrenere der beiden Herren entscheiden," versetzte Harriet sehr artig und sehr ernst.

„Ich bin ein alter, kinderloser Mann," erwiderte der Justizrat, der immer noch nicht wußte, wo die Dame hinaus wollte, „und selbst sehr wohlhabend. Ich bin Ihnen für Ihre gute Absicht sehr verbunden, aber —"

„So wäre das Geld vielleicht am Platz, einen jungen Hausstand begründen zu helfen, für den von beiden Seiten nicht viel Mittel vorhanden sind," fiel Harriet rasch ein.

„Ach, nun verstehe ich!" rief Wächter lachend. „Das ist aber hübsch von Ihnen, liebes Fräulein, daß Sie daran gedacht haben! Und da es Ihnen auf das Geld nicht anzukommen scheint —"

„Still!" rief Harriet und lachte gleichfalls. „Kein Wort weiter, von dem, was Sie jetzt denken, Herr Justizrat; sie sind sonst imstande, es alle beide nicht zu nehmen, und ich will mir nicht die Freude verderben lassen. Ich wiederhole also hiermit: Ich schenke diese zehntausend Mark dem Seltenburger Gericht als Belohnung für geleistete, wichtige Dienste und übergebe die Summe dem ältesten der Herren Beamten zur Verfügung nach seinem Gutdünken!"

„Soll besorgt werden!" antwortete der alte Herr vergnügt und schüttelte kräftig die Hand des jungen Mädchens. „Das ist die alte Wippernsche Noblesse, die bei Baron Ernst nur durch die vielen Wunderlichkeiten in den Hintergrund gedrängt wurde. Im übrigen, mein liebes Fräulein, lasse ich mich jetzt pensionieren. Ich habe schon das Gesuch eingereicht, und Tann wird mein Nachfolger. Er hat also sein gutes Auskommen, aber Ihr Geschenk wird den jungen Leuten dennoch sehr zustatten kommen! Ich verzichte jedenfalls zu ihren Gunsten darauf!"

Und er lachte herzlich und begleitete Harriet von Wippern bis an die Tür.

Die jetzige Gutsherrin suchte nun Alma Poser auf. Die alte Dame kam ihr erfreut entgegen.

„Wir gratulieren!" rief sie. „Wir haben gestern schon den Verlauf der Dinge gehört. Nun kommt der Besitz doch in die rechten Hände!"

„Ohne den Nachweis des Verbrechens, das Gleißen einst beging, wäre es mir so leicht nicht geworden," versetzte Harriet, „aber meine Gegner hat die eigene Schuld gestürzt. Wo ist Alma?"

Die Gerufene kam; herzlich begrüßten die Freundinnen sich.

„In einer Stunde fahre ich nach Wippmannsdorf hinaus, um das Schloß einigermaßen einzurichten," erzählte Harriet derselben. „In einigen Tagen kommt mein Bräutigam, dann soll in kürzester Frist unsere Hochzeit in Berlin, doch in aller Stille, gefeiert werden. Aber du darfst an diesem Tage nicht fehlen, meine liebste Alma. Jetzt, heute mußt du mich auch begleiten und mir bei den Aenderungen im Schloß behilflich sein. Für eine Dame allein ist das Unternehmen zu schwer."

„Ich dich begleiten?" fragte Alma erstaunt. „Aber Harriet, du weißt doch, daß ich meine Schule habe und daß jetzt keine Ferien sind!"

„Das weiß ich allerdings," erwiderte Harriet gleichmütig, „und deshalb habe ich auch bereits die erforderlichen Vorkehrungen getroffen. In meinem Zimmer „Zur Krone" sitzt Fräulein Stahl und harrt der Ehre, dir vorgestellt zu werden. Sie ist ein sehr verständiges, achtbares Mädchen mit vorzüglichen Zeugnissen ihrer Lehrtätigkeit. Einstweilen wird sie dich vertreten, so lange du es wünschest, und ich glaube, sie brennt darauf, dein so glänzend begonnenes Werk mit demselben Erfolge weiter zu führen. Ich habe sie kommen lassen und kann dir versichern, daß deine Schäflein bei ihr keinen Schaden leiden werden."

„Aber, Harriet, welche Eigenmächtigkeit!" rief Alma, halb lachend, halb erzürnt.

„Ich bin eine freie Amerikanerin, wie du weißt," versetzte Harriet sehr gelassen, „und eine solche tue, was mir gefällt. Im übrigen, denke ich, wirst du die längste Zeit Lehrerin gewesen sein."

Sie sah der Freundin schelmisch in das errötende Antlitz. „Soll Fräulein Stahl kommen?"

„Meinetwegen!" antwortete Alma kurz. Diese Neckereien berührten sie jedesmal peinlich; sie war sich ihres Glückes doch noch nicht sicher. „Ich will dir ja gern bei deinen Einrichtungen helfen," fügte sie freundlicher hinzu, „es mag für dich allein in der Tat zu schwer sein, und so muß ich mich allerdings in meinem Amt vertreten lassen. Schließlich ist es ja meine Privatschule und ich bin an niemand gebunden."

„Das meine ich eben," antwortete Harriet gut gelaunt. „Ich wußte, daß du vernünftigen Vorstellungen zugänglich sein würdest! Dann also ans Werk!"

Fräulein Stahl kam, eine ältere, feine Dame, die viel zu taktvoll war, um auch nur eine Frage nach irgend welchen Privatbeziehungen zu stellen. Sie legte ihre Zeugnisse vor und übernahm mit großer Würde das ihr anvertraute Amt.

Eine Stunde später fuhren die beiden jungen Mädchen in der prachtvollen Equipage, die sonst Elise Gleißen benutzte und die der Inspektor nach Seltenburg geschickt hatte, um die neue Herrin abzuholen, Wippmannsdorf zu.

„Wer mir das heute morgen gesagt hätte!" begann Alma, sich in den prächtigen Kissen dehnend.

„Die vier Kutschpferde sind Luxus!" bemerkte die praktische Harriet nachdenklich. Ich muß erst hören, was mein künftiger Herr und Gebieter sagt. Denkt er, wie ich, so schaffen wir zwei alte Sie sind so wenig angestrengt worden, daß der Kutscher sie kaum bändigen kann. Ich lobe es nicht, mich mit so ganz unnötigem Prunk zu umgeben."

(Fortsetzung folgt.)